



**Finanzgruppe**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

**Rede**

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

**Helmut Schleweis**

anlässlich der Bilanzpressekonferenz (online)

am Mittwoch, 16. März 2022 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Bilanz-Pressekonferenz der Sparkassen-Finanzgruppe.

Am Ende des Geschäftsjahres 2021

- hatten wir als Sparkassen-Finanzgruppe,
- hatten unsere Kundinnen und Kunden,
- hatte unsere gesamte Volkswirtschaft

viele gute Gründe, für das Jahr 2022 optimistisch zu sein.

Zwar ist die Pandemie – wie wir alle wissen - noch längst nicht überwunden, die Infektionszahlen haben vielmehr gerade historische Höchststände erreicht. Gleichwohl war für 2022 eine deutliche wirtschaftliche Erholung zu erwarten. Für die außenwirtschaftlichen Handelsbeziehungen und auch für den inländischen Konsum waren deutliche Steigerungen absehbar. Wir alle hatten uns deshalb wirtschaftlich auf das erste Post-Corona-Jahr eingestellt.

Dann kam der 24. Februar 2022 – und das eigentlich Unvorstellbare ist geschehen: Krieg in Europa – ein brutaler Angriffskrieg einer Nuklearmacht auf ein souveränes Nachbarland. Seitdem, meine Damen und Herren, ist fast nichts mehr, wie es zuvor war – oder wie wir es für 2022 erwarten konnten. Wir alle werden in diesem Jahr politisch, aber auch wirtschaftlich und gesellschaftlich vor immense Herausforderungen gestellt werden. Sicher haben Sie Verständnis dafür, dass ich vor diesem Hintergrund die Aussagen zu 2021 eher knapp halte und den Blick vor allem nach vorne richte. Natürlich finden Sie in den Unterlagen die vollständigen Daten zum Geschäftsjahr 2021 in der gewohnten Form.

## **I. Geschäftsjahr 2021**

Die Sparkassen, meine Damen und Herren, haben bei sehr herausfordernden äußeren Bedingungen ein solides Geschäftsjahr 2021 zu verzeichnen.

Sie kennen die Rahmenbedingungen, die uns schon im letzten Jahr belastet haben:

- Die nun schon seit über 10 Jahren anhaltende Niedrigst- und Negativzinsphase frisst gerade bei einlagenstarken Retailinstituten unaufhörlich die Zinsmarge auf.
- Und die seit zwei Jahren andauernde Corona-Pandemie hat mit einem Auf und Ab von Infektionswellen und damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen viele Geschäftsmodelle unserer gewerblichen Kunden stark belastet und die wirtschaftlichen Aussichten spürbar eingebremst.

Vor diesem Hintergrund können die Sparkassen mit dem Geschäftsjahr zufrieden sein:

- Wir haben gute Wachstumsraten im Kreditgeschäft erzielt.
- Wir haben mitgeholfen, eine breitere Wertpapierkultur zu etablieren; sehr viel mehr Kunden wurde über das Wertpapiersparen eine Beteiligung am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs ermöglicht.
- Wir sind in der Breite des Finanzdienstleistungsmarkts, vor allem im Zahlungsverkehr, inzwischen Technologieführer in Deutschland.
- Und – in Niedrigzinszeiten – ganz entscheidend: Wir haben uns etwas unabhängiger vom Zinsgeschäft gemacht. Die Provisionserlöse konnten kräftig gesteigert werden – sie haben die Einbußen aus der Umfeldbedingt seit langem erodierenden Zinsmarge in diesem Jahr insgesamt sogar ausgleichen können.

Im Ergebnis ist das Geschäftsjahr 2021 für die Sparkassen also deutlich besser verlaufen, als dies angesichts der Rahmenbedingungen zu erwarten gewesen wäre. Auch besser als unsere eigenen Prognosen. Das zeigt: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Dezentralität ein wesentlicher Faktor für Stabilität und Flexibilität. Es ist ein wesentlicher Vorteil, dass überall in Deutschland selbständig handelnde Vorstände die Geschäftspolitik neu justieren können. Die erreichte wirtschaftliche Substanz wird – davon bin ich überzeugt – uns auch durch die vor uns liegenden schwierigen Zeiten tragen. Die Sparkassen können auch in den vor uns liegenden Monaten ihre stabilisierende Rolle umfassend erfüllen.

Auf einige Entwicklungen möchte ich etwas genauer eingehen.

### *Geschäftsentwicklung*

Die Sparkassen haben im letzten Jahr 197,3 Milliarden EUR an neuen **Kredit** vergeben. Das sind nochmals 5,6 Milliarden EUR mehr als im bisherigen Rekordjahr 2020. Der gesamte Kundenkreditbestand der Sparkassen ist um 5,5 Prozent auf 955,0 Milliarden EUR gestiegen. Besonders sticht dabei das **private Wohnungsbaukredit-geschäft** heraus: 73,4 Milliarden EUR an neuen Krediten bedeuten ein sattes Plus von knapp 10 Prozent<sup>1</sup>. Niemals zuvor haben wir ein solches Ergebnis erreicht. Der Marktanteil der Sparkassen in einem kräftig wachsenden Gesamtmarkt liegt inzwischen bei 35,3 Prozent. Wir haben ihn leicht ausweiten können, was für einen Marktführer eine beachtliche Leistung ist. Natürlich haben wir zuletzt deutliche Steigerungen bei den Immobilienpreisen gesehen. Es ist sinnvoll, darauf einen kritischen Blick zu richten. Das gilt für Bauherren, Käufer von Bestandsimmobilien, aber natürlich auch für die Aufsicht.

---

<sup>1</sup> + 9,5 Prozent oder 6,4 Mrd. Euro üB dem Jahr 2020

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es vor allem die Geldflut der EZB war, die die Immobilienpreise getrieben hat. Wir haben bereits vor Jahren darauf hingewiesen, dass die expansive Geldpolitik zu einem starken Anstieg der Vermögenspreise führt. Das war schon der Fall, als der Preisauftrieb im definierten Warenkorb selbst noch nicht sichtbar war.

Erhebliche Steigerungen bei den Herstellungskosten, zuletzt auch bei den Materialkosten, hatten ebenfalls eine treibende Wirkung. Davon kann niemand wirklich überrascht sein. Dennoch halten wir, von örtlichen Ausreißern abgesehen, den deutschen Immobilienmarkt weiterhin für solide. Und das gilt auch für die entsprechenden Finanzierungen. Wir halten es deshalb für falsch und kontraproduktiv, wenn die Aufsicht hier jetzt einen höheren Eigenkapitaleinsatz der Kreditinstitute fordert. Das wird die Preise weiter treiben – bei den Bauzinsen ist das schon sichtbar. Und die Maßnahme ist auch kontraproduktiv zu den politischen Zielen:

- Es sollen pro Jahr mindestens 400.000 neue Wohnungen errichtet werden – eine Zahl, die angesichts des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine ohnehin eher zu niedrig angesetzt ist.
- Und angesichts des notwendigen Klimaschutzes und – jetzt besonders deutlich – einer dringend erforderlichen höheren Energieautonomie müssen energetische Sanierungen vorangetrieben werden. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Ein zweites sehr erfolgreiches Geschäftsfeld war das **Kreditgeschäft mit Firmenkunden**. Hier konnten die Sparkassen das Rekordjahr 2020 wiederholen. Es wurden neue Kredite an Unternehmen und Selbständige in Höhe von 106,2 Milliarden EUR<sup>2</sup> vergeben. Unter Berücksichtigung der Tilgungen schlug sich das in einem Bestandszuwachs von 26,0 Milliarden EUR nieder. Das entspricht einem Plus von 5,5 Prozent zum Vorjahr. In den zwei Pandemie Jahren haben unsere gewerblichen Kunden sehr deutlich gespürt: Auf die Sparkassen ist Verlass. Unsere Imagewerte bei den Firmenkunden sind deutlich gestiegen.

Und auch wenn die großen Geschäftsbanken jetzt dieses eigentlich klassische Geschäftsfeld schrittweise für sich wiederentdecken: Die Sparkassen können sich hier eindrucksvoll behaupten. In den letzten Jahren hatten wir die paradoxe Situation, dass **Kundeneinlagen** die Sparkassen netto Geld gekostet haben. Wachstumsraten, über die wir uns früher gefreut hätten, waren deshalb vor allem eine Belastung.

Das gilt zwar im Grundsatz immer noch. 2021 kam es jedoch wieder zu einer gewissen Normalisierung bei den Einlagenzuflüssen: Zwar nahmen die Einlagen erneut um 48,4 Milliarden EUR zu – das entspricht immer noch einem Plus von 4,5 Prozent. Allerdings lag die Steigerungsrate deutlich unter der des Ausnahme-Jahres 2020<sup>3</sup>.

---

<sup>2</sup> -0,003 Mrd. € (+/- 0,0%)

<sup>3</sup> 2020: +7,9 %

Und vor allem ist es den Sparkassen gelungen, ihre Kundinnen und Kunden stärker vom Wertpapiergeschäft zu überzeugen. Der Umsatz lag mit 166,9 Milliarden EUR um 14,4 Prozent über dem Vorjahr – das ist einer der höchsten Umsätze in der Historie. Der Nettoabsatz war mit plus 29,5 Milliarden EUR sogar der höchste in der Sparkassengeschichte<sup>4</sup>. Das ist ein schöner Erfolg für die Wertpapierkultur in unserem Land. Und ich halte das auch für eine wichtige sozialpolitische Leistung: Nur durch Wertpapiersparen ist es für die Breite der Bevölkerung möglich, am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs teilzuhaben. Das muss ein gesellschaftspolitisches Anliegen sein, wenn wir die auseinander gehende Schere in der Einkommens- und Vermögensentwicklung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wieder etwas schließen wollen.

Angesichts der aktuellen, kriegsbedingten Turbulenzen an den Kapitalmärkten kommt es darauf an, diese Entwicklung durch gute Beratung abzusichern. Auch dazu gleich mehr.

Insgesamt können wir festhalten: Das Geldvermögen unserer Kundinnen und Kunden ist im Jahr 2021 um 80,0 Milliarden EUR gewachsen. Das ist nach dem Vorjahr der zweithöchste Wertzuwachs der Geschichte.

### *Rentabilität*

Sie wissen, dass auf stabiles Retailgeschäft ausgerichtete Kreditinstitute stark vom Zinsergebnis abhängig sind. Vor diesem Hintergrund waren die Jahre mit niedrigsten oder gar negativen Marktzinsen für die Sparkassen schwierige Jahre.

Es geht uns hier wie unseren Kundinnen und Kunden, wenn sie stark auf traditionelle Einlagen setzen: Wertverluste sind dann nicht zu vermeiden.

Die Sparkassen haben deshalb in den letzten Jahren sehr große Anstrengungen unternommen, die Abhängigkeit vom Zinsgeschäft zu verringern und stärker auf das Provisionsgeschäft zu setzen. Das hatte bereits in den letzten Jahren schrittweise Erfolge gezeigt. 2021 ist es nun erstmals gelungen, die Provisionsüberschüsse stärker zu steigern als das Zinsergebnis nachgelassen hat: Minus 314 Millionen EUR<sup>5</sup> beim Zinsergebnis stehen plus 560 Millionen EUR<sup>6</sup> beim Provisionsergebnis gegenüber – also rund 246 Millionen EUR mehr. Das ist ein sehr schöner Erfolg. Wir sollten gleichwohl nicht vergessen, dass in den letzten Jahren die Zinsergebnisse stets stärker gesunken als die Provisionsergebnisse gestiegen sind. Diese schon früher verlorenen Ertragsbestandteile fehlen den Sparkassen natürlich weiterhin.

---

<sup>4</sup> Alter Bestwert aus dem Jahr 2000 = 28,2 Mrd. EUR

<sup>5</sup> - 1,6 Prozent

<sup>6</sup> + 6,6 Prozent

Der **Verwaltungsaufwand** ist mit 19 Milliarden EUR stabil geblieben. Das **Betriebsergebnis vor Bewertung** erhöhte sich um 262 Millionen EUR auf 9,7 Milliarden EUR<sup>7</sup>.

Der **Bewertungsaufwand** fällt um 1,1 Milliarden EUR oder 23,5 Prozent geringer aus als im Vorjahr. Entscheidend dafür ist vor allem die außerordentlich geringe Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Sie beträgt nur 122 Millionen EUR und liegt damit rund 91 Prozent niedriger als in 2020.

Bevor die Frage aufkommt: Die Sparkassen bilanzieren sehr vorsichtig. Sie würden höhere Risikovorsorgen im Kreditgeschäft bilden, wenn dies möglich wäre. Es gibt hier allerdings rechtliche Grenzen. Gehen Sie bitte deshalb davon aus, dass mehr Risikovorsorge schlicht nicht angezeigt war. Das zeigt eindrucksvoll, dass es die von manchen befürchtete Insolvenzwelle der Unternehmen in der Pandemie bisher nicht gegeben hat – und wir erwarten sie auch nicht mehr. Ganz im Gegenteil: Nach den endgültigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus der vergangenen Woche lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen noch einmal um 11,7 Prozent unter den Werten von 2020 und sogar 25,4 Prozent unter denen des Vorkrisenjahres 2019. Natürlich haben dabei die staatlichen Unterstützungsleistungen eine positive Rolle gespielt. Das allein könnte die erfreuliche Entwicklung aber bei Weitem nicht erklären. Wir sehen bei unseren Unternehmenskunden vielmehr eine sehr gute Eigenkapitalausstattung und eine extrem hohe Flexibilität in der Ausrichtung auf neue Rahmenbedingungen. Das erlaubt Zuversicht für die Zukunft. Diese Fähigkeit werden wir alle in den nächsten Jahren sehr stark brauchen.

Unabhängig vom Jahresüberschuss werden die Sparkassen 3,0 Milliarden EUR und damit 257 Millionen EUR mehr als im Vorjahr den **Vorsorgereserven** und damit ihrem Eigenkapital zuführen. Das entspricht einem Plus von 9,2 Prozent.

Die **Cost-Income-Ratio** nach Bewertung verbessert sich deutlich um 4 Prozentpunkte auf 67,3 Prozent. Ursächlich dafür sind vor allem die stark verminderte Kreditrisikovorsorge sowie das gute Provisionsergebnis. Die Sparkassen zahlen für das vergangene Jahr 2,8 Milliarden EUR an **Steuern** - ein Plus von 261 Millionen EUR. Das Jahresergebnis nach Steuern beträgt 1,8 Milliarden EUR, 366 Millionen EUR mehr als im Vorjahr.

Mit diesen guten operativen Ergebnissen und dem spürbaren weiteren Aufbau der Eigenkapitalsubstanz sind die Sparkassen sehr gut für die Zukunft gerüstet. Wir sind aber auch sicher: Vor unserem Land liegt der größte Transformationsprozess der Geschichte – Digitalisierung, Klimawandel, aber vor allem die Kriegsfolgen sind hier die Stichworte.

---

<sup>7</sup> +2,8 Prozent / 0,67 Prozent der DBS

Deutschland braucht deshalb grundsolide Sparkassen. Denn wesentliche Kapitalanteile für diesen Umbau werden aus unserer Gruppe kommen müssen.

## II. Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

Meine Damen und Herren, Ende letzten Jahres hat Deutschland eine neue Koalition und eine neue Bundesregierung gewählt. Der Koalitionsvertrag hat eine umfassende digitale und ökologische Erneuerung unseres Landes beschrieben. Dies ist auch dringend erforderlich, wenn der Klimawandel noch so abgebremst werden soll, dass wir uns den neuen klimatischen Bedingungen noch anpassen können. Allein für die notwendige ökologische Erneuerung mit dem Ziel des Klimaschutzes werden 6 Billionen EUR<sup>8</sup> bis spätestens 2045 investiert werden müssen. Die notwendigen Investitionen in unsere digitale Infrastruktur sind dabei noch gar nicht mitgerechnet.

Angesichts des verbrecherischen Angriffskriegs des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine kommt nun eine weitere ganz grundlegende Herausforderung auf uns alle zu. Alles wird noch viel schneller und noch viel konsequenter erfolgen müssen. Zu Recht hat Bundeskanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende gesprochen. Das gilt natürlich sicherheitspolitisch, geht aber weit darüber hinaus. Wir treten in eine neue Phase in Europa, aber auch in den globalen Beziehungen ein. Vielen wird jetzt schmerzlich bewusst, dass nicht die ganze Welt unsere Vorstellungen von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, globaler Arbeitsteilung und friedlicher Konfliktlösung teilt. Immer stärker tritt ein grundlegender Konflikt zwischen Demokratien einerseits und autokratisch oder gar diktatorisch regierten Systemen andererseits zutage. Dieser wird nicht mehr nur wirtschaftlich ausgetragen, sondern mit Blick auf die russische Föderation jetzt auch mit den Mitteln eines brutalen Angriffskriegs mit schrecklichen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch die Positionierung Chinas aufmerksam beobachten. In Europa, in Deutschland haben wir die existenzielle Bedeutung dieser neuen Herausforderungen erst sehr spät erkannt. Umso wichtiger ist jetzt eine sehr stringente Reaktion. Es geht um bessere Krisenresilienz, um Abschreckung und vor allem um die Sicherung unserer Souveränität auf allen Ebenen.

Ich möchte die vor uns allen stehenden Aufgaben in drei Punkten beschreiben:

Erstens: Vor uns steht die größte Flüchtlingswelle seit dem 2. Weltkrieg.

Meine Damen und Herren, die Ukraine hat 44 Millionen Einwohner. Davon befinden sich inzwischen rund 4 Millionen auf der Flucht. Und das ist erst der Anfang.

---

<sup>8</sup> Analyse von McKinsey

Unser Nachbarland Polen hat in den letzten 19 Tagen mehr geflüchtete Menschen aufgenommen als Deutschland während der Jahre 2015 bis 2017. Die Aufnahmefähigkeiten Polens, der Slowakei, Moldawiens, bald auch Tschechiens sind weitgehend erschöpft. Wir werden deshalb in den nächsten Tagen Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland erleben, die wir uns bisher nicht haben vorstellen können. Davon wird unser ganzes Land erfasst werden, die Herausforderungen werden nochmals deutlich größer als 2015.

Wir werden das vor allem in den Kommunen spüren, die für die Versorgung dieser Menschen zuständig sind – in Unterkünften, angesichts der Zusammensetzung der Flüchtenden sehr stark aber auch in Schulen und Kitas. Das wird eine große Bewährungsprobe für unser ganzes Land – für unsere Infrastruktur, vor allem aber für unsere Bereitschaft zur Solidarität und zum Teilen.

Die Sparkassen unterstützen hier als kommunale Institute sehr stark die Kommunen vor Ort:

- durch Spenden,
- durch ein wachsendes Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung
- und vor allem durch Sicherung von Kontoverbindungen.

Letztere sind entscheidend, um den zu uns kommenden Menschen schnell den Zugang zu staatlichen Unterstützungsleistungen zu verschaffen. Land auf, Land ab werden jetzt bei den Sparkassen in großer Zahl neue Girokonten eröffnet. Wir sind der BaFin sehr dankbar, dass sie Ende letzter Woche unbürokratisch ermöglicht hat, dass die Eröffnung auch auf Basis einer ukrainischen Identity Card möglich ist. Denn da die Geflüchteten nicht in ein Asylverfahren gehen, verfügen sie nicht über den 2015/16 eingeführten sog. „Ankunftsnachweis“. Und ein Reisepass ist in vielen Fällen nicht vorhanden. Wir müssen damit rechnen, dass diese Menschen länger bleiben werden, als sie sich das selbst wünschen. Umso wichtiger ist es, diesen zumeist sehr gut ausgebildeten und außerordentlich leistungsbereiten Menschen schnell die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Nach einer schwierigen Anlaufphase werden diese Menschen eine Bereicherung für unser Land sein.

Zweitens: Die notwendigen Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland werden auch auf uns eine spürbare Wirkung haben.

Vorweg ist mir eines wichtig: Unsere Gruppe unterstützt nachdrücklich die verhängten Maßnahmen – auch den Ausschluss einer Reihe von russischen und belarussischen Banken aus SWIFT. Wo heute Banken noch nicht ausgeschlossen sind, handelt es sich um politische Opportunitätserwägungen, die eindeutig dem Primat der Politik unterliegen müssen. Wir halten uns daran.

Natürlich haben alle deutschen Unternehmen mit Blick auf die von der westlichen Staatenwelt verhängten Sanktionen sehr rasch die direkte wirtschaftliche Betroffenheit analysiert. Diese ist zumeist gering. Der Anteil Russlands an den deutschen Exporten liegt bei rund 2 Prozent. Das ist als Erstrundeneffekt verkraftbar.

Und das gilt auch für unsere Gruppe:

- Direkte Russland-Geschäfte spielen bei Sparkassen praktisch keine Rolle.
- Das Russland- bzw. Ukraine-Engagement bei Landesbanken ist sehr gering und wird nicht spürbar werden.
- In den Fonds der Gruppe spielen Engagements in Russland oder bei russischen Unternehmen ebenso wenig eine Rolle wie in Immobilien in Russland.

Die direkte Betroffenheit der Sparkassen-Finanzgruppe von den Auswirkungen der Sanktionen ist deshalb sehr gering. Allerdings – und damit müssen wir rechnen: Es wird zu deutlichen Zweit- und Drittrundeneffekten kommen. Diese werden erst langsam spürbar, sie werden uns aber vermutlich auf längere Sicht belasten.

Ich will dies nur an wenigen Beispielen deutlich machen:

- Die explodierenden Preise für Rohöl, Gas und andere wichtige Rohstoffe werden viele Verbraucher, aber vor allem die energieintensive Industrie erheblich belasten. Ich will darauf gleich bei der Frage unserer Energieabhängigkeit gesondert eingehen.
- Russland und die Ukraine sind die beiden größten Weizenexporteure der Welt, die Ukraine gilt als Kornkammer Europas. Die jetzt anstehende Aussaat ist weithin nicht möglich. Zwar produziert Deutschland selbst ausreichend Getreide. Globale Lieferengpässe sind aber absehbar. Putins Krieg wird zu Tausenden Hungertoten vor allem in Afrika führen.
- In den letzten Jahren hat sich die Ukraine in Teilen eine Rolle in globalen Lieferketten erarbeitet. Das betrifft neben Getreide vor allem Eisen und Stahl, pflanzliche Öle, Elektrotechnik und Ölsamen. Mit einem Außenhandelsanteil von 40 Prozent war die EU der größte Handelspartner der Ukraine. Wir rechnen hier damit, dass es in Teilbereichen zu deutlichen Preiserhöhungen und Lieferengpässen kommen kann.
- Zweitrundeneffekte sind auch in der Logistikbranche erkennbar. Rund ein Drittel der Berufskraftfahrer in Polen haben eine ukrainische Nationalität. Die meisten von ihnen kämpfen derzeit um die Unabhängigkeit ihres Heimatlandes. Es gibt kaum Logistikunternehmen in Deutschland, die bei LKW-Transporten nicht mit polnischen

Partnerunternehmen zusammenarbeiten. Das – zusammen mit den steigenden Energiekosten – wird eine spürbare Herausforderung werden.

Die verhängten Sanktionen treffen Russland in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Existenz. Sie sind richtig und unverzichtbar; wir unterstützen sie. Wir sollten aber nicht glauben, dass es nicht auch Rückwirkungen auf uns selbst gibt. Deshalb ist es so wichtig, dass diese Sanktionen so angelegt sind, dass sie auf längere Zeit durchzuhalten sind. Denn ein Rückzug kann nicht in Betracht kommen.

Spüren werden die Preissteigerungen vor allem

- energieintensive und stark in Russland engagierte Unternehmen
- und auch die Breite der deutschen Haushalte. Wir rechnen damit, dass rund 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich einsetzen müssen.

Es ist deshalb richtig, dass die Bundesregierung derzeit

- eine Entlastung von hohen Energiekosten vorbereitet, vor allem die EEG-Umlage zur Jahresmitte abschaffen will,
- einen ersten Zuschuss zur Grundsicherung auszahlen will
- und auch gezielte Hilfen für besonders betroffene Unternehmen angekündigt hat.

Angesichts der hohen Inflation wäre zudem mindestens eine Anpassung der Steuertarife auf die höheren Ausgangswerte notwendig.

Drittens: Unsere wichtigste Herausforderung ist die Verringerung von einseitigen Abhängigkeiten.

Deutschland und weite Teile der EU, meine Damen und Herren, haben sich in den letzten Jahren abhängig und damit erpressbar gemacht – vor allem von Lieferungen fossiler Energien aus Russland. Übrigens kommen auch große Anteile des Uraniums für Atomkraftwerke aus Russland. Das war ein schwerer Fehler, der so rasch wie möglich korrigiert werden muss. Das bedeutet aber ganz konkret: Kurzfristig müssen die Lieferungen von Gas, Öl und Steinkohle diversifiziert und ggf. Laufzeitverlängerungen der deutschen Braunkohle geprüft werden.

Das allein wird aber nicht reichen: Wir werden auf erneuerbare Energien umstellen und vor allem Energie sparen müssen! Wen bisher das Ziel des Klimaschutzes nicht überzeugt hat, der muss spätestens jetzt diesen Weg zu mehr Energieunabhängigkeit unterstützen.

Das alles wird sehr viel schneller gehen müssen und sehr viel mehr Kapital benötigen, als das bisher geplant war. Wir haben keine Zeit zum Lamentieren, es muss entschlossen gehandelt werden.

Das gilt auch für unsere Gruppe. Es ist unsere nationale Pflichtaufgabe,

- den Ausbau erneuerbarer Energien
- sowie energetische Gebäudesanierungen

in den Fokus der Geschäftspolitik zu stellen.

Ich möchte Ihnen an einem Beispiel erläutern, was dies konkret bedeutet:

Rund 35 Prozent des gesamten Energiebedarfs, vor allem Gas, und rund 40 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf Immobilien. Mehr Energieunabhängigkeit, mehr Klimaschutz muss deshalb vor allem im Gebäudesektor ansetzen. Nun sind aber nur 3 Prozent der deutschen Wohnungen seit 2011 gebaut worden. Mehr als 30 Millionen Wohnungen sind älter als 30 Jahre. Wenn wir pro Wohnung nur – sehr zurückhaltend – einen Finanzierungsbedarf für energetische Sanierungen von 30.000 EUR rechnen, sprechen wir in Deutschland von einem notwendigen Finanzierungsvolumen von 1.000 Milliarden EUR.

Unsere Gruppe hat bei Wohnimmobilien einen Marktanteil von über 35 Prozent. Das bedeutet: Rein rechnerisch müssen aus unserer Gruppe entsprechend dem Marktanteil rund 350 Milliarden EUR Finanzierungsvolumen zur Verringerung der Energieabhängigkeit allein in diesem Bereich aufgebracht werden. Je schneller dies gelingt, desto eher werden wir die Abhängigkeit von russischem Gas beenden können.

Nun wird die Bankenaufsicht zum 1. April 2022 eine Allgemeinverfügung erlassen, die Instituten zusätzliches Eigenkapital für einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite abverlangt. Allein bei den Sparkassen fallen damit künftig ca. 2 Milliarden EUR hartes Kernkapital für die weitere Kreditvergabe aus. Bei einem mittleren Risikogewicht bei Sparkassen von ca. 50 Prozent und einer Mindestkapitalquote von 8 Prozent entspricht allein dies einer Kreditsumme von 50 Milliarden EUR<sup>9</sup>. Der bereits per Allgemeinverfügung angeordnete antizyklische Kapitalpuffer von 0,75 Prozent bindet weitere 6 Milliarden EUR hartes Kernkapital, dies entspricht einer Kreditsumme von rund 150 Milliarden EUR.

Das bedeutet: Durch die jüngsten Maßnahmen der Aufsicht sind durch einen Federstrich bei den Sparkassen Kreditmittel in einem erheblichen Umfang gesperrt, die dringend für den Umbau unserer Energieversorgung benötigt würden. Das konterkariert die Ziele der Bundesregierung, unser Land schneller von Russland energieunabhängig zu machen.

---

<sup>9</sup> 50 Mrd. x 50 Prozent x 8 Prozent = 2 Mrd. EUR

Ich gehe sogar noch weiter: Bisher ist das Ziel der Bundesregierung, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen.

Durch die Flüchtlingsbewegungen werden nun zwischen 310.000 und 500.000 Wohnungen **zusätzlich** benötigt<sup>10</sup>.

Das ist für die Bauindustrie eine große Herausforderung, aber auch für die Finanzwirtschaft. Meine dringende Anregung ist deshalb: In dieser besonderen Situation muss alles getan werden, um schnell mehr Kapital

- in die Energiewende
- und in den Wohnungsneubau zu lenken.

Wir müssen begreifen, dass auch hier eine „Zeitenwende“ ansteht. Und dann gibt es ja noch den entscheidenden gewerblichen Sektor. Unternehmen, die noch nicht in Dekarbonisierung investiert haben, müssen spätestens jetzt drastisch ihre Energieabhängigkeit senken oder zumindest auf regenerative Energien umstellen. Das sind nicht nur Kosten, sondern auch eine große wirtschaftliche Chance: Allein die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer könnten bis 2050 10 Billionen EUR zusätzlichen Umsatz mit klimaschonenden Technologien erwirtschaften<sup>11</sup> – reibungslos funktionierende Absatzmärkte vorausgesetzt. Auch hier müssen Milliarden-Finanzierungen geleistet werden. Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing werden sich dieser Aufgabe stellen – sie ist riesig.

Niemand hat aber bessere Daten zu den Unternehmen als die Sparkassen. Schon heute können wir mit unserem ESG-Score präzise Aussagen zum Stand bei sämtlichen 1.830 Wirtschaftszweigen machen. Wir wissen, dass etwa 11 Prozent des gewerblichen Kreditportfolios der Sparkassen unter ESG-Kriterien mit erhöhten oder hohen Risiken versehen sind und deshalb Handlungsbedarf aufweisen. Die Finanzierungsaufgabe ist ohne privates Kapital nicht zu stemmen. Hier kommt der Breite unserer Privatkunden eine entscheidende Rolle zu. Bei Sparkassen kann jeder ab 25 EUR im Monat in die ökologische Erneuerung der Wirtschaft und damit auch in Energieunabhängigkeit investieren. Unser gemeinsames Wertpapierhaus, die Deka, stellt sicher, dass diese Erneuerung in den Unternehmen nachprüfbar umgesetzt wird. Aus vielen kleinen Beträgen wird so eine große Kraft zum ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Unsere volkswirtschaftlichen Analysen gehen davon aus, dass sich die Kapitalmärkte im Laufe des Jahres 2022 wieder spürbar erholen werden. Wir empfehlen deshalb allen Anlegern, besonders denen mit Wertpapiersparplänen, die aktuellen Unsicherheiten mit einer langfristig ausgerichteten Anlageperspektive durchzustehen.

---

<sup>10</sup> Forschungsinstitut Empirica vom 14. März 2022

<sup>11</sup> Schätzung des VDMA

### III. Mehr Souveränität

Es wird aber nicht reichen, meine Damen und Herren, sich von fossilen Energien aus Russland unabhängiger zu machen. Spätestens diese „Zeitenwende“ muss jetzt ein Weckruf für Deutschland und für die ganze EU sein, sich insgesamt strukturell unabhängiger zu machen. Souveränität ist das Gebot der Zeit. Nun wird die Globalisierung mit dem Jahr 2022 nicht enden. Sie wird aber neu zu bewerten sein.

Bereits in der Pandemie, vor allem aber in der jetzigen kriegerischen Auseinandersetzung haben wir lernen müssen, dass uns zu viel wirtschaftliche Abhängigkeit von Dritten strategisch erpressbar macht oder unsere Lieferketten zu schnell reißen lässt. Und wir merken, dass wir nicht nur auf Energie, sondern auf strategisch wichtige Rohstoffe der Zukunft zu wenig sicheren Zugriff haben. Elektroautos, Windräder, Solardächer und Kampfjets – alles hängt in der Zukunft vom Zugang zu solchen Rohstoffen ab. Internationale Kooperation ist gut, neue einseitige Abhängigkeiten werden aber zu neuen Problemen. Und da richte ich den Blick auch auf China und dessen Konzept der „Neuen Seidenstraße“. Ich denke, dass wir das nach den jetzigen Erfahrungen neu bewerten müssen. Denn wir können mit Blick auf Hongkong, Taiwan und andere südostasiatische Länder nicht davon ausgehen, dass Chinas Weg einer der friedlichen Koexistenz ist. Man darf strategische Fehler nicht zweimal machen.

Wir spüren deshalb bei unseren Kunden, dass sie über eine Neuaufstellung ihrer Lieferbeziehungen nachdenken:

- Rückverlagerung von strategisch wichtigen Produktionen in die EU oder in die westliche Welt,
- Diversifizierung von Lieferbeziehungen,
- mehr Eigenproduktion,
- Überprüfung der Just-in-time-Lieferungen zu Gunsten höherer Lagerbestände

– das sind die aktuellen Themen. Und daran führt kein Weg vorbei.

Der Ukraine-Krieg ist in diesem Sinne ein Weckruf: Wir alle müssen aufwachen, bevor es zu spät ist. Gleiches gilt aber auch im Bereich der **digitalen Infrastrukturen**. Auch hier benötigt Europa größere Souveränität und Unabhängigkeit. Europa ist heute weithin abhängig von Tech-Giganten, die ihren Sitz nicht in Europa haben. Wir sollten nicht in eine Lage kommen, wo wir uns nur noch entscheiden können, ob unsere Datensouveränität durch chinesische Staatskonzerne oder BigTechs aus den USA missachtet wird. Genau deshalb haben wir als Sparkassen-Finanzgruppe auch das Ziel mitformuliert, dass Europa im Zahlungsverkehr mit internationalen Anbietern auf Augenhöhe kommen muss. Zahlungsverkehr ermöglicht Einblick in das Leben eines jeden Einzelnen. In den Händen der falschen Anbieter erlaubt es Überwachung.

Die Idee eines paneuropäischen Zahlungssystems ist deshalb aus strategischen Gründen alternativlos. Wir halten es für falsch, Entscheidungen in diesem Bereich nur mit Blick auf kurzfristige betriebswirtschaftliche Optimierungen zu treffen. Deutschland müsste hier in Europa vorangehen. Die großen Zahlungsverkehrsanbieter haben dabei eine besondere Verantwortung. So sehen wir das. Natürlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass andere wichtige Marktteilnehmer das anders sehen. Bisher jedenfalls. Vielleicht führt die „Zeitenwende“ ja auch hier nochmals zum strategischen Nachdenken.

Aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit an EPI sind wertvolle Ergebnisse entstanden, die wir nicht einfach wieder in die Schublade legen werden. Es ist entscheidend, Brücken in Europa zu schlagen und Zusammenarbeit zu verstärken. Zusammen mit den anderen Shareholdern prüfen wir deshalb, wie das Projekt weiterentwickelt werden kann. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen Instant Payments ebenso wie eine Bezahl-Wallet. Abschließend ein ganz aktueller Aspekt der Datensouveränität: Der Cyberschutz!

Der Krieg in der Ukraine wird nicht nur mit Panzern und Gewehren geführt, er findet zunehmend auch im virtuellen Raum statt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und das Bundesamt für Verfassungsschutz warnen: In Folge der Sanktionen gegen Russland dürften auch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in Deutschland vermehrt Angriffsziele von Hackern werden. Jeder, ob privat oder gewerblich, sollte prüfen, wie robust seine Systeme schon heute sind, wie gut Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult sind.

Wir empfehlen ebenso wie das BSI:

- Aktualisieren Sie Ihre Notfallpläne,
- machen Sie regelmäßig Back-Ups,
- halten Sie Ihre Systeme aktuell,
- holen Sie sich, da wo Ressourcen und Kompetenzen fehlen, die entsprechende Unterstützung durch Dienstleister hinzu.
- Und achten Sie als Privatperson in diesen Zeiten besonders auf betrügerische Phishing-Mails!

Ich kann und will hier nicht auf Einzelheiten eingehen: Die Sparkassen-Finanzgruppe hat im Interesse unserer Kunden die Sicherheit in diesem Bereich deutlich verstärkt.

#### **IV. Geldpolitik und Inflation**

Abschließend möchte ich etwas dazu sagen, welchen Leistungsbeitrag die EZB in dieser Krise erbringen sollte.

Der Krieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden deutlichen Preissteigerungen, vor allem im Energiebereich, treiben die Inflationserwartungen für 2022 deutlich nach oben. Bis zu 6 Prozent Preissteigerung sind nicht ausgeschlossen. Allerdings war bereits vor den Kriegereignissen klar, dass die Inflation im Euroraum 2022 deutlich über der Zielmarke von 2 Prozent liegen würde. Jetzt tritt ein Szenario ein, vor dem wir in der Vergangenheit immer gewarnt haben: Die EZB hat sich mit den lang andauernden Null- und Negativzinsen in eine schwierige Lage manövriert. Es gibt jetzt nur noch zwei schlechte Alternativen: Bekämpft die EZB die wirtschaftliche Abkühlung mit einer Beibehaltung von Null- und Negativzinsen, befeuert sie weiter die ohnehin hohe Inflation. Wenn die Notenbanker andererseits die deutlich erhöhten Preissteigerungsraten mit höheren Zinsen bekämpfen, könnten sie die Lähmung einer ohnehin belasteten Wirtschaft befördern. Es rächt sich jetzt, dass die EZB nicht schon früher reagiert und die Geldpolitik nicht rechtzeitig normalisiert hat. Die Deutsche Bundesbank hat in der Ölkrise in den 1970ern ihren Ruf als Stabilitätsgarant begründet: Sie hat bei hohen Inflationsraten mit einer rigiden Geldpolitik reagiert und so ihre Verantwortung für die Preisstabilität wahrgenommen. Eigentlich müsste klar sein, was eine ausschließlich auf Preisstabilität verpflichtete Zentralbank jetzt zu tun hat. Die Federal Reserve hat den Weg zu höheren Zinsen bereits eingeschlagen.

Je länger die EZB wartet, desto größer wird die Gefahr einer Kettenreaktion aus steigenden Preisen und höheren Lohnforderungen. Mit einer eindeutigen Kommunikation – und klaren Entscheidungen – muss die Notenbank dem jetzt bald entgegentreten. Sonst könnte das Vertrauen in den Euro als stabile Währung erodieren!

Ein erster wichtiger Schritt wäre es, den Negativzins für Einlagen der Kreditinstitute abzuschaffen. Er soll ja dazu dienen, die Kreditvergabe anzukurbeln. Dass macht aber keinen Sinn, wenn die Aufsicht gleichzeitig mit zusätzlichen Kapitalpuffern auf die Bremse tritt. Und es ist – wie die Zahlen zur Kreditvergabe zeigen – ja auch nicht nötig. In Krisenzeiten steigt erfahrungsgemäß der Bedarf vieler Menschen, ihre Einlagen sicher, vor allem bei Sparkassen, verwahren zu lassen. Es wäre angemessen, wenn die EZB dieses steigende Sicherheitsbedürfnis durch ihre Geldpolitik nicht bestrafen würde.

## **VIIISchluss**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
der Krieg in der Ukraine markiert eine Zeitenwende. Er zeigt wie durch ein Brennglas die Versäumnisse der Vergangenheit:

- Wir haben der äußeren Sicherheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

- Wir haben uns in existenziellen Versorgungsfragen zu sehr in einseitige Abhängigkeiten begeben.
- Und wir haben zu wenig legitime europäische Interessen definiert und strategisch verfolgt.

All diese Fehler müssen wir jetzt gemeinsam in sehr kurzer Zeit korrigieren. Wir brauchen mehr Krisenresilienz, eine verbesserte Verteidigungs- und Abwehrfähigkeit und eine Sicherung unserer Souveränität auf allen Ebenen. Europa muss seine Zukunft auf vielen Gebieten stärker selbst in die Hand nehmen. Deutschland, als mit Abstand stärkste Volkswirtschaft, muss hier mutig vorgehen. Das gilt besonders für die Verringerung der Energieabhängigkeit. Das braucht politischen Willen. Und das braucht Kapital. Letzteres bereitzustellen ist die wichtigste Zukunftsaufgabe der Finanzwirtschaft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe als größter deutscher Finanzdienstleister stellt sich dieser europäischen Aufgabe. Wir haben verstanden, was jetzt zu tun ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!